

Deutsche Wirtschaft strebt nach digitaler Souveränität

Digitale Souveränität hat in der deutschen Wirtschaft einen herausragenden Stellenwert: Deutschland ist bei digitalen Technologien zu sehr auf Importe angewiesen, sollte verstärkt in eigene Entwicklungen investieren und auf dem Weltmarkt gemeinsam mit Europa eigenständiger und selbstbewusster auftreten, um neue Gestaltungs- und Innovationsspielräume zu gewinnen. Das sind die zentralen Ergebnisse einer repräsentativen Befragung deutscher Unternehmen im Auftrag des Digitalverbands Bitkom.

NAHEZU ALLE BEFRAGTEN Unternehmen (95 Prozent) sind der Ansicht, dass Deutschland vermehrt auf eigene technologische Fähigkeiten bauen sollte. Aktuell sind Digital-Importe existenziell wichtig für die deutsche Wirtschaft. 94 Prozent der Unternehmen sind darauf angewiesen. Darunter hält sich eine große Mehrheit für nur kurzzeitig überlebensfähig, wenn digitale Technologien beziehungsweise Dienstleistungen plötzlich nicht mehr aus dem Ausland bezogen werden könnten. Knapp zwei Drittel (63 Prozent) könnten 13 bis 24 Monate überleben. 13 Prozent wären sieben bis zwölf Monate überlebensfähig, 9 Prozent sogar nur bis zu sechs Monate. Länger als zwei Jahre könnten 13 Prozent der Unternehmen durchhalten.

Corona-Krise verschärft Ungleichheiten

Mit der Corona-Krise hat sich das digitale Ungleichgewicht nach Einschätzung der Unternehmen weiter verschärft. Acht von zehn erwarten, dass die führenden Technologiekonzerne ihre Vormachtstellung weiter ausbauen. Drei von vier sehen durch die Corona-Pandemie verschärfte internationale Ungleichheiten im Wettbewerb um digitale Technologien. Vier von zehn gehen sogar davon aus, dass der technologische Vorsprung anderer Länder für Deutschland nicht mehr aufzuholen ist.

Hard- und Software aus dem Ausland

Ganz oben auf der Einfuhrliste stehen digitale Endgeräte, die von drei Vierteln der Unternehmen aus dem Ausland bezogen werden. Zwei Drittel importieren Bauteile beziehungsweise Hardware-Komponenten. Sechs von zehn beziehen Software-Anwendungen und Module aus dem Ausland. Vier von zehn setzen auf den Import von digitalen Dienstleistungen wie Cloud

Services. Nur 2 Prozent der Unternehmen verzeichnet keinerlei Digital-Importe.

Die wichtigsten Handelspartner für Einfuhren sind vor allem die EU-Länder, aus denen acht von zehn Unternehmen, die importieren, digitale Technologien oder Services beziehen – gefolgt von den USA (74 Prozent) und China (62 Prozent). Aus Japan importiert jedes dritte Unternehmen IT oder digitale Dienstleistungen.

Zu abhängig von Digital-Importen

Acht von zehn Unternehmen halten Deutschland für abhängig vom Import beziehungsweise vom Bezug digitaler Technologien, Dienstleistungen und Expertise aus anderen Ländern. Das ist der höchste Wert im Vergleich der untersuchten Wirtschaftsräume. Jeweils zwei Drittel sehen die restliche Europäische Union (68 Prozent) und das Vereinigte Königreich (68 Prozent) als abhängig an, bei Russland (51 Prozent), den USA (48 Prozent) und Japan (46 Prozent) ist es etwa jedes zweite. Als vergleichsweise wenig abhängig gilt China (31 Prozent). Jedes zweite Unternehmen (49 Prozent) geht davon aus, dass die Abhängigkeit Deutschlands und Europas in den kommenden fünf Jahren weiter zunimmt. Nur jedes fünfte (19 Prozent) erwartet, dass die Abhängigkeit künftig abnimmt. Besser werden die Perspektiven der USA wahrgenommen: Während drei von zehn Unternehmen (30 Prozent) auch für die USA eine steigende Abhängigkeit erwarten, meinen vier von zehn (38 Prozent), dass sie abnimmt. Am stärksten wird China eingeschätzt, für das fast die Hälfte (46 Prozent) der Unternehmen damit rechnet, dass die Abhängigkeit abnimmt, während nur jedes vierte (26 Prozent) glaubt, dass sie zunimmt

Deutschland und EU selbstbestimmter

Ausnahmslos jedes Unternehmen sagt, Deutschland müsse mehr digitale Souveränität erlangen. Allgemein wünschen sich die Unternehmen mehr Selbstbestimmung. Acht von zehn sind der Ansicht, dass die deutsche Wirtschaft generell zu stark vom Ausland abhängig ist. Zwei Drittel meinen, dass Deutschland und Europa in globalen Handelsstreitigkeiten zu passiv auftreten. Eine übergroße Mehrheit (94 Prozent) wünscht sich, Deutschland solle sich dafür einsetzen, dass die EU im Handel auf Augenhöhe mit China und den USA agiert.

Ruf nach starkem Staat

Um sich technologisch stärker aufzustellen, sollte Deutschland nach Ansicht von mehr als neun von zehn Unternehmen in IT-Sicherheitstechnologien (96 Prozent), Künstliche Intelligenz (96 Prozent) und 5G (93 Prozent) investieren. Auch Big Data und Analytics (86 Prozent), Robotik (85 Prozent) und das Internet of Things (80 Prozent) stehen ganz oben auf der Prioritätenliste. Neun von zehn Unternehmen (91 Prozent) fordern die Verstärkung der öffentlichen Forschungsförderung von Schlüsseltechnologien. Ebenso viele (91 Prozent) meinen, dass die Bundesregierung eingreifen sollte, wenn eine Übernahme wichtiger deutscher Technologieunternehmen durch ausländische Investoren droht. Acht von zehn Unternehmen (79 Prozent) sagen, die Bundesregierung sollte verhindern, dass Deutschlands Infrastrukturen in die Hand von Nicht-EU-Unternehmen geraten. Jedes vierte Unternehmen (25 Prozent) hingegen meint, der Staat sollte sich grundsätzlich aus der Wirtschaft heraushalten. ■

www.bitkom.org